

## **21 Anträge für Cannabis-Anbau in Niedersachsen: Einige bereits genehmigt**

In Niedersachsen wurden 21 Anträge für Cannabis-Anbauvereinigungen gestellt, acht bereits genehmigt. Jugendschutz und Kontrollen stehen im Fokus.

In Niedersachsen hat die Möglichkeit, Cannabis zur Selbstversorgung anzubauen, einen bedeutenden Schritt gemacht. Nachdem am 1. Juli die Anträge für Cannabis-Anbauvereinigungen geöffnet wurden, haben sich nun 21 Gruppen gebildet. Dies könnte als ein erster Schritt in eine neue Ära der Drogenpolitik verstanden werden, die auf Eigenverantwortung und Gemeinschaftsbildung setzt.

### **Das Konzept der Anbauvereinigungen**

Die neuen Cannabis-Anbauvereinigungen dürfen nicht kommerziell agieren und können bis zu 500 Mitglieder haben. Um einen Antrag zu stellen, müssen die Mitglieder volljährig sein und ein aktuelles Führungszeugnis vorlegen. Das Gesundheits- und Jugendschutzkonzept ist dabei ein wichtiges Dokument, das die Sicherheit und den verantwortungsvollen Umgang mit Cannabis gewährleisten soll.

### **Regionale Verteilung der Anträge**

Die Anträge kommen aus verschiedenen Teilen des Bundeslandes. Städte wie Hannover, Braunschweig und Oldenburg sowie Landkreise wie Hameln-Pyrmont und Wesermarsch zeigen ein steigendes Interesse an dieser neuen Form der Selbstversorgung. Diese breite Beteiligung könnte ein

Zeichen für den Wandel in der gesellschaftlichen Einstellung gegenüber Cannabis sein.

## **Herausforderungen beim Antragsprozess**

Von den eingereichten Anträgen wurden bislang acht abgelehnt. Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen weist darauf hin, dass dies häufig auf unzureichende Erfüllung der Jugendschutzvorgaben zurückzuführen ist. Die betroffenen Vereinigungen haben jedoch die Möglichkeit, ihre Anträge zu überarbeiten und erneut einzureichen, wodurch ein dynamischer Prozess gefördert wird.

## **Regelmäßige Überwachung zur Gewährleistung des Jugendschutzes**

Um sicherzustellen, dass die Vorgaben eingehalten werden, sind regelmäßige Kontrollen der Anbauvereinigungen gesetzlich festgelegt. Dies dient dem Schutz der Jugend und der allgemeinen Sicherheit der Gemeinschaft. Die neuen Regelungen legen somit nicht nur Wert auf die Eigenverantwortung der Mitglieder, sondern auch auf den respektvollen Umgang mit Cannabis.

Diese Entwicklung könnte weitreichende Auswirkungen auf die Gesellschaft haben, indem sie den Menschen mehr Freiheit und Eigenverantwortung im Umgang mit Cannabis bietet. Die Risiken und Chancen, die damit einhergehen, werden in den kommenden Monaten viel diskutiert werden. Die gestiegene öffentliche Akzeptanz könnte möglicherweise auch andere Bundesländer dazu inspirieren, ähnliche Ansätze zu verfolgen.

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**